

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürhen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaltene Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürhen, Baruth (Markt). Für Anzeigen auf vorgeschriebenen Plätzen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 23

Sonntagabend, den 21. Februar

1925

Der Konflikt mit Rumänien

Beworfehende Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England über den Kontrollbericht? — Der Tag der Veröffentlichung der Note noch unbekannt. — Heftige Wortkämpfe im Preussischen Landtage. — Besprechung der Grubenkatastrophe von Dortmund vor dem Reichstage.

Die Dortmunder Grubenkatastrophe vor dem Reichstage. Präsident Lohse eröffnete die gestrige (Donnerstag) Sitzung des Reichstages. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrums und der Kommunisten über die Kontrolle der Sicherheit in den Gruben, ferner ein Antrag Müller-Frankens (Soz.) auf Vereinfachung von Mitteln für Einrichtungen zur Unterjüngung und Verhütung von Unfällen im Bergbau. Abg. Schwann (Komm.) begründet die kommunistische Interpellation. Der Zentrumsgesandte Juchacz gibt eine Uebersicht über die Untersuchung der großen Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“. Juchacz breitet zur näheren Kenntnismachung eine Karte des Bergwerks „Minister Stein“ auf dem Tisch des Hauses aus. Dann gibt er einen Uebersicht über die Zustände des Bergwerks. Die Explosion muß, wie Juchacz, der das Bergwerk selbst besichtigt hat, ungeheuer gewesen sein. Auf der Sohle 1 war ein Schuß abgegeben worden. Dadurch kann das Unglück herbeigeführt worden sein. Vermutlich trägt aber der Schiefermeister keine Schuld. Beim Weiterfragen ergab sich, daß in der Vergangenheit für die Ausbildung der Bergleute nicht genug getan worden war.

Vor dem Sturz des Kabinetts Marx.

Berlin, 20. Februar. Im Preussischen Landtage sind gestern eine Reihe von Anträgen eingegangen, die den Abstimmungskampf um das Kabinett Marx, der am heutigen Freitag vor sich gehen wird, einleiten sollen. Die Deutschnationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben einen Mißtrauensantrag eingebracht mit folgendem Wortlaut: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Artikel 57 Absatz 1 Satz 1 der preussischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag befindet dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister Seebing, 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Becker, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Hoepler-Mischow, 5. dem Minister für Volkswirtschaft Strömer, 6. dem Minister für Landwirtschaft Seiger, und 7. dem Justizminister Am Jochhoff.“ — Dieser Mißtrauensantrag der Rechten richtet sich also nicht gegen den Ministerpräsidenten Marx, womit erreicht werden soll, daß auch die weissen Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, denen Marx immerhin gewisse Zusagen in der Frage der Abfertigung des Oberpräsidenten von Hannover gemacht hat, sich dem Mißtrauensantrag anschließen können. Im Kreise der Linken urteilt man über die Wirkung dieses Mißtrauensantrages sehr ernst. Marx hat sich angeblich mit seinem gesamten Kabinett solidarisch erklärt, so daß die Annahme des Mißtrauensantrages auch nur gegen Seebing bereits den Rücktritt von Marx zur Folge haben würde. Die Fraktion der Nationalsozialisten hat, wobei einzelne Mitglieder der Deutschnationalen Partei mit unterzeichnet haben, einen faktischen Vertrauensantrag eingebracht, der sich aber auch nicht auf den Ministerpräsidenten Marx bezieht. Der weitere Verlauf der großen politischen Aussprache im Landtag hat man schon bewiesen, daß das Kabinett Marx sich überhaupt nur halten kann, wenn heute durch zufällige Abwesenheit oder Krankheit einzelner Abgeordneter der Rechten oder der Kommunisten sich eine Mehrheit von zwei oder drei Stimmen gegen ein Mißtrauensvotum oder für ein Vertrauensvotum des gesamten Kabinetts einschließlich Seebings ergeben sollte. Sind die Abgeordneten vollständig verfallen, so ist zum mindesten mit der Annahme des Mißtrauensantrages gegen den Finanzminister Seebing zu rechnen.

Der Unfug der Kriegsgesichtsurteile.

Paris, 19. Februar. Das Kriegsgesicht des 20. Armeekorps in Nancy hat vier deutsche Offiziere in Abwesenheit verurteilt. Der Angeklagte wurde zur Last gelegt, während des Krieges angeblich aus einem Schloss Möbel und aus der Wohnung eines abwesenden Abgeordneten eine silberne Suppentasse entwendet zu haben. (1) Der Hauptangeklagte, General von Lettenborn, Kommandant der 19. sächsischen Division ist bereits

verstorben. General v. Specht und Oberstabsarzt Fischer wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 3000 Franken Geldstrafe, Leutnant Genzow zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Deutschlands angebliche fünf Verfehlungen.

General Walsh, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, hat gestern vormittag dem Marzall hoch den Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über das Ergebnis der Generalinspektion in Deutschland übergeben. Ueber den Inhalt wird gemeldet:

Paris, 19. Februar. Der Generalbericht der Kontrollkommission enthält nach übereinstimmender Darstellung der Morgenblätter eine Aufzählung folgender angeblicher Verfehlungen Deutschlands: 1. Neubildung des Großen Generalstabes. 2. Fortgesetzte militärische Ausbildung der Jugendverbände. 3. Militarisierung der Polizei. 4. Anlegung von Waffendepots. 5. Nichtausführung der Aufstellung über das Hülfsmaterial zurzeit des Waffenstillstandes. Auf die britischen Mitglieder der Kontrollkommission habe, wie der „Matin“ hervorhebt, besonders die militärische Ausrüstung der deutschen Polizei tiefen Eindruck gemacht. Man habe festgestellt, daß die Polizei eine militärische Streitmacht ersten Ranges (!) darstelle. Die deutsche Jugend werde, was trotz aller Verhufungen hätte festgestellt werden können, zu Hunderttausenden in den Reihen der Reichswehr und der Vaterländischen Verbände militärisch ausgebildet. Die alliierten Regierungen würden deshalb nicht nur die Aufrechterhaltung der Militärkontrolle und der Kölner Besetzung anordnen, sondern auch neue Mittel zur Abrüstung Deutschlands suchen (!). „Echo de Paris“ erwartet für den Meinungsaustrausch mit England große Schwierigkeiten, weil die englische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach vorschlagen werde, sich mit Deutschland gütlich über ein Abrüstungsprogramm zu einigen, das fortwährend die Entwaffnung Deutschlands verbürge. Das Blatt kommt zu der offenbar offiziös inspirierten Schlussfolgerung: „Wir werden in eine „Lockung“ der Abrüstungsdeklaration nur unter der Bedingung einwilligen, daß die Rheinlande entmilitarisiert werden, und wir die formelle Zusage erhalten, daß uns England für den Fall eines deutschen Angriffes militärisch unterstützt.“ — Heute sei schon darauf hingewiesen, daß das, was die französischen Presse als angeblichen Inhalt des Berichtes veröffentlicht, einseitige Behauptungen sind, für die jede Spur eines Beweises einklinken fehlt.

Die Untersuchung des Grubenunglücks.

Bochum, 18. Febr. Nach einer Auslassung des Bergarbeiterverbandes hat die Untersuchungskommission für das Grubenunglück auf der Zeche „Minister Stein“ an der Unglücksstelle das Vorhandensein von ungeheuren Kohlenstaubmengen festgestellt. Der Kohlenstaub lag an manchen Stellen so dicht, daß er bis an die Knöchel reichte. Weiter stellte die Kommission fest, daß sich in einer Brennkammer erhebliche Mengen Schlagwetter angesammelt hatten. Ebenso feste fest, daß einen Tag vor dem Unglück ein außerordentlich starker Gebirgsdruck erfolgt war, der 18 eiserne Stempel verbogen und zerbrochen hatte.

Als vorläufiges Ergebnis der Untersuchung wird angenommen, daß ein unglücklicher Schuß den Anlaß zur Hauptexplosion gegeben hat. — Von den 136 Toten auf Minister Stein waren 56 verheiratet, 13 hinterlassen zwei, acht drei, drei vier und einer fünf Kinder. Aus Unfallrente und Knappschaftsversicherung erhält die Witwe eines Hauers mit zwei Kindern und zehn Dienstjahren monatlich 147,45 M., mit 25 Dienstjahren 189,60 M., mit fünf Kindern 221,40 bzw. 285 M. Die Witwe eines Hauers ohne Kinder erhält 50,15 bzw. 71,30 M. Ist die Witwe nicht mehr arbeitsfähig, erhöht sich die monatliche Rente um 10,25 M. Die Summe soll in Kürze erhöht werden. Die Renten sind steuerfrei. Allen Angehörigen wird ein Sterbegeld von 140 M. und eine Begräbniskasse bezahlt.

Dortmund, 19. Febr. Wie die Verwaltung der Zeche „Minister Stein“ mitteilt, sind von den noch in der Grube befindlichen vier Bergknappen im Laufe des gestrigen Tages zwei geborgen worden.

London, 19. Febr. Das Bergwerksamt meldet: Infolge der Bergwerksexplosion in Dortmund hat der Sekretär für Bergbau um die Erlaubnisse nachgesucht, mehrere Inspektoren nach Dortmund zu senden, damit sie sich unterrichten könnten, welche Gefahren sich aus dem Unglück für die Sicherheitsvorrichtungen im Bergbau Englands ergäben, um den deutschen Behörden auf Grund ihrer Erfahrungen jede Hilfe angebotenen zu lassen. Die deutschen Behörden haben dem Vorschlag herzlich zugestimmt.

Der Militär-Kontrollbericht in Paris.

General Walsh, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, ist mit dem Generalbericht in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich der britische General Wauchop. Der Bericht, der sofort der Vorkonferenz und dem interalliierten Militärkomitee in Versailles zugeht, ist in französischer Sprache abgefaßt. Das interalliierte Militärkomitee in Versailles wird die Prüfung des Berichtes voraussichtlich nicht vor Ende der Woche beendet haben.

„Daily Telegraph“ meint, wenn die Regierungen auf Grund der Gutachten ihrer militärischen Berater zu keinem einheitlichen Ergebnis kommen würden, würde sich die Vorkonferenz mit den Verhandlungen befassen. Auf Grund des Berichtes wäre über folgende Fragen zu entscheiden: 1. Wie weit der Bericht der Kontrollkommission Deutschland mitgeteilt werden soll. 2. Wann, und, vorausgesetzt, daß er Deutschland mitgeteilt werden soll, wie weit er veröffentlicht werden soll. 3. Die Punkte, die Deutschland eine militärische „Verfehlung“ hinsichtlich der militärischen Klauseln des Vertrages vorwerfen. 4. Die Zeit, die Deutschland für die „Wiedergutmachung“ genannt werden soll, um seinen Anspruch auf Räumung der Kölner Zone gemäß Artikel 429 des Friedensvertrages zu befriedigen. Der Daily Telegraph fügt hinzu, daß der in gewissen alliierten Kreisen verbreitete Vorwand, wonach die Räumung der ersten Zone eine Drohung Frankreich und Belgien gegenüber darstelle, in London in erster Linie für eine Uebersetzung angesehen wird, die dem Friedensvertrage nicht standhielte, und die auch praktisch unbegründet sei, denn die Kölner Zone sei so eingeteilt, daß auch nach ihrer Räumung ein schmaler Streifen besetzten Gebietes entlang der französisch-deutschen und belgisch-deutschen Grenze für die verbleibenden zehn Jahre übrig bliebe.

Madrid, 17. Febr. Zum Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission schreibt „El Debate“. „Den Alliierten ist es leicht, eine Nichterfüllung des Vertrages seitens Deutschlands festzustellen. Der Gegenstand ist so ungeheuer ins Einzelne gehend geregelt, daß der Verdacht besteht, man wolle die Ausführung absichtlich unmöglich machen.“

Der Konflikt mit Rumänien.

Wien, 18. Febr. Aus Bukarest wird gemeldet: Heute wurden alle Effektenbörsen in Rumänien geschlossen, weil die Regierung befürchtet, es könnte wegen des Konflikts mit Deutschland und der Nachrichten über den Sturz des Bei eine Katastrophe auf dem rumänischen Wollmarkt herbeigeführt werden. Die deutschen Zeitungen in Rumänien dürfen über den Konflikt mit Deutschland nichts berichten. — Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, sind die von der rumänischen Regierung und Presse in Aussicht gestellten Repressalien gegen deutsches Eigentum und deutsche Staatsbürger in Rumänien bisher nicht zur Ausführung gebracht worden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß die rumänische Regierung Zwangsmaßnahmen ergreift. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie es nicht zum Äußersten treiben wird. Die Rumänen sind auf der Pariser Finanzminister-Konferenz schlecht weggekommen. Vor allem ist es ihnen nicht gelungen, die von ihnen gewünschte große Auslandsanleihe unterzubringen. Die Folge davon war, daß sich der Lei fortgesetzt verschlechterte. Nun versucht man, einen Streit mit Deutschland vom Zaun zu brechen, um entweder erhebliche Summen in bar von der deutschen Regierung zu erhalten oder aber nach berühmtem Muster die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten und als Kompensation für neue Anleiheforderungen zu verwerten. Poincarés Taktik macht Schule.

Wie sie „abkrähen“

Nach einem Vergleich bestift Frankreich augenblicklich 140 Fluggeschwader zu 9 Flugzeugen, davon befinden sich allein 110 Fluggeschwader im Heimatgebiet. England verfügt zurzeit über 80 Fluggeschwader zu je 12 Flugzeugen, zusammen 960 Flugzeuge.

Kleine politische Nachrichten.

— Der deutsche Vorkonferenz v. Hoeßel ist vom Ministerpräsidenten Serriot empfangen worden. Er hat ihm den Dank der deutschen Regierung für die durch den französischen Vorkonferenz in Berlin dem Reichkanzler und dem Auswärtigen Amt übermittelten Beileidsbekundungen der französischen Regierung anlässlich des Dortmunder Grubenunglücks ausgesprochen.

— Im preussischen Landtag sind ein Vertrauensantrag der Nationalsozialisten und Mißtrauensanträge der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten eingegegangen.